

## Niederschrift

über die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.06.2018  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Bürgeranregung der querkopf-akademie gUG gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Jugendpartizipation" - Vorlage-Nr.FB2/0785/2018 im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss am 21.06.2018</b> .....	6
<b>2.1 Bürgeranregung der querkopf-akademie gUG gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Jugendpartizipation" Vorlage: FB2/0785/2018/1</b> .....	6
<b>3 Jahresberichte und Information zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit Vorlage: FB2/0250/2018</b> .....	7
<b>4 Vertretungsregelung Kindertagespflege Vorlage: FB2/0796/2018</b> .....	8
<b>5 Sachstandsbericht zum Thema Verpflegung in Kindertageseinrichtungen Vorlage: FB2/0251/2018</b> .....	8
<b>6 Verwendungsnachweis 2017 und aktuelle Entwicklung JuCa Vorlage: FB2/0797/2018</b> .....	8
<b>6.1 Antrag der UWG Meerbusch zu TOP 6 des JHA am 27.06.2018</b> .....	8
<b>7 Anträge</b> .....	8
<b>8 Anfragen</b> .....	9
<b>8.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.03.2018 - Kita-Bedarf Vorlage: FB2/0108/2018</b> .....	9
<b>9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	9
<b>10 Termin der nächsten Sitzung: 12. September 2018</b> .....	9
<b>11 Verschiedenes</b> .....	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzende**

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der SPD-Fraktion**

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Georg Neuhausen

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Vertretung durch Frau Nicole Niederdellmann-Siemes von 17.25 Uhr - 17.35 Uhr

Frau Nicole Niederdellmann-Siemes Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Jürgen Eimer von 17.25 - 17.35 Uhr

**von der FDP-Fraktion**

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

**In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen**

Frau Monika Driesel Sachkundige Bürgerin

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Frau Sigrid Brennecke NABU

Herr Dr. Andreas Drexler Jugendverbände

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

**Beratende Mitglieder**

Frau Julia Lung Katholische Kirchengemeinden

Frau Katja Schulz Integrationsrat

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Frau Rosalia Helbig Fachbereich 2

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Angela Römmler-Graf Fachbereich 2

es fehlen:

**von der SPD-Fraktion**

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

**Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind**

Frau Brigitte Scheer Freie Vereinigungen

**Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind**

Herr Christian Bößen Förderkreis Lanker Pfadfinder e.V.

Herr Markus Lange BDKJ

**Beratende Mitglieder**

Herr Frank Bachmann Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Hans-Jürgen Barbarino Stadtjugendring

Herr Dr. Andreas Doll Jugendamtselternbeirat

Frau Martina Ketzer Evangelische Kirchengemeinde

Herr Peter Schmitz Agentur für Arbeit

Herr Ulrich Steeger Familiengericht

Herr Bernd Zimmerling Polizeibehörde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Es folgt eine intensive Diskussion zur Änderung der Tagesordnung.

Zunächst informiert Erster Beigeordneter Maatz, dass die Verwaltung zu TOP 6 beabsichtige, nach Ausführungen, die sich auf einen vorherigen Ausschuss bezögen, die Vertagung des Tagesordnungspunktes zu empfehlen.

Ratsherr Fliege beantragt sodann die Vertagung von TOP 6, TOP 6.1, TOP 13 und TOP 13.1 mit der Begründung, dass bisher nicht alle Ausschussmitglieder über die erforderlichen und umfassenden Informationen verfügten und daher zum jetzigen Zeitpunkt keine faire Diskussion möglich sei.

Zum Antrag von Ratsfrau Glasmacher, TOP 13.1 in öffentlicher Sitzung zu behandeln, erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass dieser Antrag aufgrund der darin enthaltenen personenbezogenen Daten nur in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden könne.

Sodann beantragt Ratsfrau Glasmacher, TOP 6.1 nicht zu vertagen, da der JHA aufgrund der ihm obliegenden Verantwortung eine Beratung und Beschlussfassung vornehmen sollte.

Auf den Hinweis von Ratsherrn Wartchow, dass der JHA über die Dringlichkeit des eingereichten Antrages zunächst beschließen müsse, erläutert Erster Beigeordneter Maatz, dass es sich entgegen der von der UWG gewählten Bezeichnung nicht um einen Dringlichkeitsantrag handle, da er sich auf einen bereits auf der Tagesordnung befindlichen TOP beziehe. Der Antrag sei daher auf die Tagesordnung zu nehmen gewesen.

Ratsherr Wartchow unterstützt den umfänglichen Vertagungsantrag des Ratsherrn Fliege und ergänzt, dass im nichtöffentlichen Rechnungsprüfungsausschuss das weitere Vorgehen vereinbart worden sei. Zudem sei einigen der hier Anwesenden der Sachbericht des Rechnungsprüfungsausschusses nicht bekannt.

Ratsfrau Glasmacher verweist darauf, dass der der Einladung unter TOP 13.1 beigefügte Antrag der UWG-Fraktion vom 29.05.2018 detaillierte Informationen und auch Resultate enthalte und alle Ausschussmitglieder sich in den vergangenen zwei Wochen mit dem Thema haben beschäftigen können und sich eine Meinung bilden. Sie beantrage daher, auch den TOP 13.1 auf der Tagesordnung zu belassen.

Ratsherr Fliege bekräftigt erneut seinen umfänglichen Vertagungsantrag. Hier stehe auch der JHA in der Kritik, so dass alle Mitglieder vor einer Beratung umfassend zu informieren seien.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass über beide Änderungsanträge zur Tagesordnung abzustimmen sei, dabei zunächst über den weitergehenden Antrag. Vorab gibt er zu bedenken, dass in der nichtöffentlichen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses – an der auch Mitglieder der UWG-Fraktion teilgenommen hätten – im Dialog Vereinbarungen getroffen seien mit Aufträgen an die Verwaltung, deren Bearbeitung bereits eingeleitet sei. Die Ergebnisse könnten die Diskussionen im JHA, im HFWA und im Rechnungsprüfungsausschuss beeinflussen, so dass er es für sinnvoll halte, diese zunächst abzuwarten.

Ratsfrau Glasmacher ergänzt, dass es gerade Anliegen ihrer Fraktion sei, diese Vereinbarungen durch einen Beschluss des JHA formell zu bestätigen, da im Rechnungsprüfungsausschuss kein entsprechender Beschluss gefasst worden sei. Sie erkläre sich daher damit einverstanden, wenn es nur zu TOP 6.1 zu einer Abstimmung komme.

Ratsherr Fliege ändert darauf seinen Vertagungsantrag und nimmt den Antrag unter TOP 6.1 von einer Vertagung aus.

Ratsherr Wartchow hält am umfassenden Vertagungsantrag fest. Er halte es für widersinnig, im JHA einen öffentlichen Beschluss zu fassen, der auf einer in nichtöffentlicher Sitzung erzielten Vereinbarung beruhe. Inhalte des nichtöffentlichen Rechnungsprüfungsausschusses sollten an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden.

Ratsherr Banse unterstützt die Ausführungen von Ratsherrn Wartchow und schließt sich dem umfassenden Vertagungsantrag an.

Sodann erfolgt die Beschlussfassung über den weitergehenden Vertagungsantrag zu TOP 6, TOP 6.1, TOP 13 und TOP 13.1.

Ratsherr Eimer und sachkundige Bürgerin Funke nehmen nicht an Beratung und Abstimmung teil. Ratsherr Eimer wird von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes vertreten.

Dem Vertagungsantrag wird mehrheitlich zugestimmt.

#### Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	2		
FDP		1	
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind			
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	1	1	
<b>Gesamt:</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	

Im Anschluss wird die Verwaltung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass auch die nicht an das Ratsinformationssystem angeschlossenen Ausschussmitglieder rechtzeitig auch über kurzfristig nachgereichte Anträge und Vorlagen informiert werden. Erster Beigeordneter Maatz verweist auf das seit Jahren bewährte Verfahren. Alle stimmberechtigten Ausschussmitglieder seien rechtzeitig über zusätzlich ins System eingestellte Dokumente informiert worden.

## Öffentliche Sitzung

### 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

**2 Bürgeranregung der querkopf-akademie gUG gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Jugendpartizipation" - Vorlage-Nr.FB2/0785/2018 im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss am 21.06.2018**

**2.1 Bürgeranregung der querkopf-akademie gUG gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Jugendpartizipation"  
Vorlage: FB2/0785/2018/1**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Bürgeranregung der querkopf-akademie gUG gemäß § 24 GO NRW zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Jugendpartizipation" abzulehnen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	2		
FDP		1	
Bündnis 90/Die Grünen		1	
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen		1	
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind		1	
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	2		
<b>Gesamt:</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	

Ratsherr Wartchow führt aus, dass der Antrag auf Bildung einer Steuerungsgruppe abgelehnt werde; den Ausführungen der Verwaltung sei im Grunde nichts hinzuzufügen. Partizipation sei im Gesetz verankert und der JHA in seiner besonderen Funktion das Gremium, in dem diese Belange zu diskutieren seien. Es bedürfe dafür keiner übergeordneten Steuerungsgruppe.

Ratsherr Fliege unterstützt den Antrag der querkopf akademie, allerdings unter Beteiligung aller in Meerbusch tätigen Jugendverbände. Er sehe mit diesem Gremium eine Möglichkeit, die Weiterentwicklung der Jugendarbeit zu unterstützen und Ideen nach vorne zu bringen.

Auch Ratsherr Jörgens unterstützt den Antrag; über Details könne diskutiert werden. Die Steuerungsgruppe solle Jugendliche unmittelbar ansprechen, sie sollten an eine Debattenkultur in einfacher Form herangeführt werden. Dieses Spektrum fehle dem JHA, den er auf einer anderen Ebene angesiedelt sehe.

Ratsherr Eimer berichtet, dass der OBV die Zusammenarbeit mit der querkopf akademie zwischenzeitlich aus verschiedenen Gründen beendet habe. Im Ergebnis habe keine fruchtbare, von Kontinuität geprägte Zusammenarbeit stattgefunden. Versuche, Jugendliche mit unterschiedlichen Methoden an den Tisch zu bringen und einzubeziehen, seien nicht erfolgreich verlaufen.

Sachkundige Bürgerin Driesel hält entgegen, dass bisheriges Nichtgelingen nicht davon abhalten sollte, weiter zu versuchen, Jugendliche einzubeziehen. Die Jugendarbeit solle neu aufgestellt werden und die Steuerungsgruppe könne dabei helfen.

Fachbereichsleiter Annacker erinnert daran, dass viele Entscheidungen im JHA auf einer Befragung von Jugendlichen fußen, so z.B. das JuCa und die mobile Jugendarbeit Karibu. Auch der Stadtjugendring mit seinen basisorientierten Akteuren erhalte seine Informationen unmittelbar von den Kindern und Jugendlichen. Er halte es daher für eine sachfremde Unterstellung, dass durch die Querkopf Akademie eine Form von Jugendarbeit eingeführt worden sei, die es vorher in Meerbusch nicht gegeben habe.

Ratsfrau Glasmacher betont, dass die Arbeit der Akteure der Jugendarbeit nicht geschmälert werden solle, die bisherigen Wege möglicherweise jedoch nicht ausreichten.

Ratsherr Fliege erkennt die erfolgte Beteiligung von Jugendlichen an, sieht aber keine neuen Impulse zur Entwicklung der Jugendarbeit. Eine Steuerungsgruppe könne zusätzlich und unterstützend Ideen entwickeln.

Ratsherr Banse hält neue Impulse grundsätzlich auch für hilfreich. Partizipation durch einen Steuerkreis bedeute aber eher ein Handeln von oben als Entwicklung von Impulsen aus der Jugend heraus. Eine weitere Verfolgung des Themas werde daher von der SPD-Fraktion abgelehnt.

Erster Beigeordneter Maatz verweist ergänzend auf ein Schreiben der Petentin, das an die Bürgermeisterin, die Verwaltung und an alle Fraktionen ergangen sei, in dem die im Antrag vorgebrachten Argumente nochmals wiederholt würden. Zudem habe sich die Petentin aufgrund eines Auslandsaufenthaltes von der Teilnahme an der Ausschusssitzung entschuldigt.

Sodann erfolgt die Abstimmung zur Vorlage der Verwaltung TOP 2.1. Dem Vorschlag der Verwaltung, den Antrag auf Einrichtung einer Steuerungsgruppe abzulehnen, wird mehrheitlich zugestimmt.

### **3 Jahresberichte und Information zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit Vorlage: FB2/0250/2018**

Die Rats Herrn Fliege und Jörgens danken für die umfangreiche Information.

Auf ergänzende Nachfrage von Rats Herrn Jörgens hinsichtlich zukünftiger Maßnahmen berichtet Fachbereichsleiter Annacker über den Stand des bereits vor 2,5 Jahren vom JHA beauftragten Trägerwechsels bei der Mobilen Jugendarbeit Karibu von der Kath. Kirchengemeinde Hildegundis von Meer zum Trägerwerk für kirchliche Jugendarbeit e.V. Krefeld. Hier habe in der vergangenen Woche ein Gespräch stattgefunden, aus dem sich ein anderer Sachverhalt ergeben habe als seinerzeit vom JHA beschlossen. Dem Ausschuss werde daher in der nächsten Sitzung im September eine entsprechende Vorlage zur Beratung vorgelegt.

Fachbereichsleiter Annacker berichtet weiter, dass auch mit dem Träger der KATAKOMBE Gespräche geführt würden mit dem Ziel, die Einrichtung mehr zu öffnen und die stationären Angebote zu reduzieren. Hier befinde man sich auf einem guten Weg; möglicherweise könne bereits im Jahresverlauf über Ergebnisse berichtet werden.

#### **4 Vertretungsregelung Kindertagespflege** **Vorlage: FB2/0796/2018**

##### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt eine Konzeption zum Springermodell zu entwickeln. Darüber hinaus beauftragt der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung auf der Grundlage des vorgestellten Springermodells die notwendigen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung für das Jahr 2019 einzuplanen und die Vorbereitungen zu treffen, damit die zeitnahe Umsetzung der Vertretungsregelung möglich ist, sobald die Haushaltsfreigabe für das Jahr 2019 erteilt ist.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt kurz in die Beratung ein. Nach Beratung mit den Tagesmüttern empfehle die Verwaltung die Einführung des sog. Springer-Modells als Kombination aus dem Modell der mobilen Tagespflegeperson und dem Stützpunktmodell.

Die Beschlussempfehlung wird einvernehmlich unterstützt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Banse bestätigt Fachbereichsleiter Annacker, dass die Modelle mit den Tagesmüttern in einer gemeinsamen Sitzung besprochen worden seien und das Springermodell von diesen favorisiert werde. Der erbetene Vergleich mit den Vertretungsmodellen anderer Städte gleicher Struktur werde nachgereicht, sofern möglich.

Sodann erfolgt die einvernehmliche Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

#### **5 Sachstandsbericht zum Thema Verpflegung in Kindertageseinrichtungen** **Vorlage: FB2/0251/2018**

Der Sachstandsbericht wird ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.

#### **6 Verwendungsnachweis 2017 und aktuelle Entwicklung JuCa** **Vorlage: FB2/0797/2018**

Beratung und Beschlussfassung sind vertagt.

##### **6.1 Antrag der UWG Meerbusch zu TOP 6 des JHA am 27.06.2018**

Beratung und Beschlussfassung sind vertagt.

#### **7 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

## **8       Anfragen**

### **8.1       Anfrage der SPD-Fraktion vom 13.03.2018 - Kita-Bedarf Vorlage: FB2/0108/2018**

Die Beantwortung der Anfragen der SPD-Fraktion vom 13.04.2018 und 04.06.2018 ist der Niederschrift beigelegt.

Ergänzend bittet Ratsherr Fliege um Auskunft über aktuelle und ggf. zukünftige Bedarfe im Stadtteil Osterath, die ein Tätigwerden erforderten.

Erster Beigeordneter Maatz verweist auf die im ISEK dargelegte Entwicklungsplanung, wonach ein Großteil der neuen Bebauung in Osterath vorgesehen sei. Aus der erwarteten Ansiedlung von Familien mit Kindern ergebe sich weiterer Bedarf im Ortsteil Osterath.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt auf Nachfrage von Ratsherrn Banse, dass die Planung derzeit davon ausgehe, dass mit der Unterführung in Osterath in naher Zukunft die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf wohnortnahe Versorgung besser gesichert sei. Zudem seien die Neubaugebiete vornehmlich auf der Osterather Seite angesiedelt. Laut aktueller Rechtsprechung seien 20 Wegeminuten zumutbar, womit in Osterath nahezu alle Standorte erreichbar seien. Von erheblicher Bedeutung sei, die passenden Grundstücke frühzeitig in die Planungen einzubeziehen.

## **9       Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

### **10       Termin der nächsten Sitzung: 12. September 2018**

### **11       Verschiedenes**

Es besteht kein Beratungsbedarf.

Meerbusch, den 02. Juli 2018

---

Petra Schoppe  
Ausschussvorsitzende

---

Angela Römmler-Graf  
Schriftführer/in